

Bleibt mehr Leben im Dorf

Das neue Raumordnungsgesetz stößt auf Wohlwollen. Theoretisch. Praktisch sind aber die Bedenken groß, wie die SN-Diskussion zeigt.

THOMAS AUINGER

SALZBURG. „I fahr so gern durch Österreich.“ In diesem Lied besingt „Querschläger“ Fritz Messner den Wildwuchs an den Ortsrändern des unansehnlichen „Standarddorfs“ – mit seinen überall gleichen Supermärkten, Diskontern und Tankstellen, vom Neusiedler- bis zum Bodensee.

In Salzburg soll es wenigstens nicht mehr schlimmer werden. Die Landespolitik will die Zersiedelung sowie die Unmenge an Zweitwohnsitzen stoppen, kompakter bauen, Geschäfte in Ortszentren ansiedeln und vor allem den Einheimischen finanzierbares Bauland sichern.

„Frau Rössler träumt. Die Belebung der Ortskerne ist illusorisch.“

Alexander Kurz, Immobilienmakler

Das geht in die richtige Richtung – darin sind sich die meisten Diskutanten einig, die am Montagabend an der Veranstaltung zum Thema Raumordnung teilnahmen. Mehr als 300 Besucher waren in den SN-Saal geströmt.

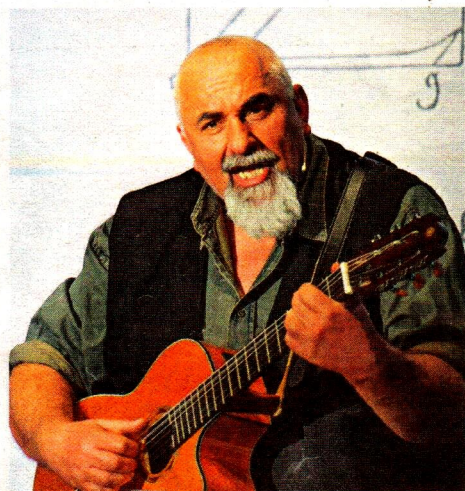
„Wir müssen die Ortskerne stärken“, beharrte die ressortzuständige LH-Stellvertreterin Astrid Rössler (Grüne) auf einem der Kernpunkte des geplanten neuen Salzburger Raumordnungsgesetzes. Große Einkaufsmärkte auf der grünen Wiese sollen praktisch nicht mehr erlaubt sein. Salzburg stehe zwar in der Nahversorgung gar nicht so schlecht da. Aber immerhin zwölf Gemeinden „haben keine Nahversorgung“, sagte Rössler, „21 nur eine eingeschränkte Teil-

versorgung“. In Berndorf im Flachgau zum Beispiel gab es laut Bürgermeister Josef Guggenberger (ÖVP) früher „fünf Kramer und sechs Wirte für 1000 Einwohner“. Heute seien es nur ein Kramer und ein Wirt, „und darüber können wir noch froh sein“. „Dass es so ist, wie es Fritz Messner besingt, ist unserem Lebensstil und dem Konsum geschuldet. Daran sind wir alle mitbeteiligt“, sagte Guggenberger.

Als „illusorisch“ bezeichnete Immobilienmakler Alexander Kurz die Ortskernbelebung. „Frau Rössler träumt, wenn sie glaubt, dass man heutzutage noch Ortskerne beleben kann“, in denen Geschäfte ausgezogen sind, weil sie sich nicht rentieren. „Die Pendler kaufen auf dem Weg zur Arbeit ein.“

Vom Stillstand im Zentrum besonders betroffen ist Lofer im Pinzgau, wie auch Bad Gastein im Pongau. Vizebürgermeisterin Karin Berger (FPÖ) fragte: „Was kann die Politik machen, wenn ein Mensch im Ortszentrum viele Häuser kauft, aber sie leer stehen lässt?“ Rössler: „Mein Wunsch ist eine bessere finanzielle Unterstützung des Landes für den Ankauf strategisch wichtiger Immobilien durch Gemeinden.“ Derzeit gebe es dafür nur einen kleinen, mit fünf Millionen Euro dotierten Topf.

Ebenso umstritten wie die Frage der Ortskerne ist jene der Baulandmobilisierung. Die Befürworter des Gesetzesentwurfs meinen, dass drohende Rückwimmungen und die Infrastrukturabgabe auf nicht genutztes Bauland wirken werden. Neues Bauland soll nach zehn Jahren verfallen, altes nach fünf Jahren mit der Abgabe belegt werden. Das wäre



wirkungslos und bedeute weitere fünf bis zehn Jahre Stillstand, kritisierte der parteifreie Bürgermeister von Mittersill, Wolfgang Viertler. Die Bestimmung wäre nur dann ein großer Wurf, wenn die Infrastrukturabgabe und die Fallfrist sofort kämen. Viele Kritiker halten außerdem die Abgabe von maximal zwei Euro pro Quadratmeter und Jahr für zu gering. Das sieht Astrid Rössler nicht so: „Eine Strafsteuer war nicht die Absicht, sondern ein maßvolles Lenkungsinstrument mit einer regionalen Staffelung.“

Einige Verfassungswidrigkeiten – zum Beispiel die Staffelung – ortet im Entwurf Volker Reifemberger (FPÖ). Die Infrastrukturabgabe wäre einerseits zu gering, um Spekulation hintanzuhalten,

„andererseits fürchte ich, dass sie weiter preistreibend wirkt“.

Auch Reinhard Löscher vom Bauamt in Straßwalchen befürchtet, dass die Fallfrist im neuen Gesetz juristisch wieder nicht abgesichert sein könnte. Rössler

„Beim Bauland wird es weitere fünf bis zehn Jahre Stillstand geben.“

Wolfgang Viertler, Bürgermeister

antwortete, das Bundeskanzleramt habe verfassungsrechtlich keine Bedenken geäußert.

Der Salzburger Raumordnungsexperte Gerhard Doblhammer lobte den Gesetzesvorschlag, warnte aber: „Es wird sich nichts

nur ein Traum?



Fritz Messner besingt Salzburgs Dörfer. Astrid Rössler verteidigt ihre Pläne. Auf dem Podium: Alexander Kurz, Wolfgang Viertler, Moderator Stefan Veigl (SN), Rössler und Josef Guggenberger (v. l.). Eine Publikumsstimme: Johann Kaiser.

BILDER: SN/MARCO RIEBLER

ändern, wenn nicht wirklich mutig mit der überörtlichen Raumplanung begonnen wird.“

Der Obertrumer Johann Kaiser forderte: „Das Raumordnungsgesetz gehört nicht von Beamten verwaltet, sondern von der Politik gemanagt.“ Der Neumarkter Anton Greischberger appellierte an die grüne Parteichefin, ihre Parteilinie „ein bissl zu verlassen und normal wirtschaftlich zu denken“. Uneins waren sich die Teilnehmer über die Macht der Bürgermeister. Der Bürmooser Peter Haibach fragte: „Ist es wirklich gut, den Bürgermeistern die Raumordnung zu lassen, oder sollte man sie ihnen nicht besser wegnehmen?“

Immobilienmakler Kurz fände es gut, „wenn Bürgermeister

nicht so allmächtig wären“. Diese angebliche Allmacht bestritten die Ortschefs Guggenberger und Viertler. Die LH-Stellvertreterin beteuerte, den Bürgermeistern „nie im Leben“ die Raumordnung nehmen zu wollen. Das sei verfassungsrechtlich auch nicht möglich. „Die grundlegende Entscheidungskompetenz ist auf der Gemeindeebene, dort gehört sie hin. Aber es ist mehr übergeordnete Planung auf Landesebene notwendig.“

Das gesamte Gesetzespaket werde nicht mehr aufgeschnürt. Es gehe um Nachschärfungen. Geplant ist, dass das Gesetz mit Jänner 2018 in Kraft tritt.

Das Video zur Debatte finden
Sie online auf SALZBURG.COM/237391

Erst der Praxistest zeigt, ob die Wende gelingen kann

STAND PUNKT

Thomas Auinger



So spröde das Thema Raumordnung in der Theorie ist, so anschaulich ist es in der Praxis. Allein schon die Frage, wer wo zu welchem Preis bauen kann und darf und wer nicht, ist eine der wichtigsten in der Salzburger Politik. Das zeigt auch der erfreuliche Ansturm auf die SN-Diskussion. Die Sache bewegt die Bürger (sehr viele Frauen waren übrigens nicht darunter) und die Politik.

„Ich brenne für die Raumordnung. Das ist die wichtigste Materie“, sagt LH-Stellvertreterin Astrid Rössler. Die grüne Chefin muss allerdings – wie es in einer Koalition notwendig und üblich ist – etliche Kompromisse eingehen. Sie beteuert, dass sie

den Bürgermeistern, die in der großen Mehrheit von der ÖVP sind, keine Macht wegnehmen will, und lobt die Weisheit der Gemeindepolitiker über den grünen Klee. Umgekehrt achtet auch die ÖVP darauf, dass sie den Partner nicht verprellt. Die Grünen dürfen sich auf diesem Feld ein bisschen profilieren.

Hinter den Kulissen freilich wird immer wieder heftig gerungen. Die Gegensätze sind groß. Wenn am Ende ein Gesetz beschlossen wird, das Spekulation, Wohnungsnot, Zersiedelung und Verkehrsstau zumindest eindämmen soll, ist noch immer nichts gewonnen. Der Praxistest kommt erst. In konkreten Projekten wird sich zeigen, ob beide Seiten an einem Strang ziehen und ob handfeste örtliche Interessen mit der hehren überörtlichen Lehre tatsächlich zu vereinbaren sind.

THOMAS.AUINGER@SALZBURG.COM

Neues Gesetz für Wettbüros im Landtag

Ausschuss berät heute darüber. SPÖ fordert Verschärfung.

SALZBURG. Der Entwurf des neuen Wettunternehmergesetzes wird heute, Mittwoch, im Landtagsausschuss beraten. Es soll noch im Sommer in Kraft treten. Ziel sei, damit Jugend- und Spielerschutz zu verbessern, heißt es von LH-Stv. Astrid Rössler (Grüne). Künftig soll es strengere Auflagen für Eröffnung und Betrieb von Wettbüros geben. Live-Ereignis-Wetten werden gänzlich verboten. Der SPÖ geht das nicht weit genug: Sie will, dass keine neuen Gewerbeberechtigungen für Wettbüros ausgestellt und aktuelle Gewerbeberechtigungen von Amts wegen gelöscht werden.

OHNE PROTOKOLL

Sitzung im Zeichen des Frauentags

SALZBURG. Um gezielt auf den internationalen Frauentag am 8. März hinzuweisen, weisen die Grünen in der heutigen Ausschusssitzung des Landtags bei jedem Tagesordnungspunkt darauf hin, inwieweit Frauen und Männer unterschiedlich betroffen sind. Zum Beispiel beim Gesetz für Wettunternehmer (Frauen sind seltener spielsüchtig als Männer – wenn sie einmal zu spielen beginnen, gleiten sie aber schneller in die Sucht ab), bei der thermischen Sanierung von Gebäuden, den Öffi-Tarifen für Pensionisten (Frauen sind häufiger von Energie- und Altersarmut betroffen) oder dem Zahnersatz für Mundhöhlenkrebs (Männer sind häufiger betroffen, aber die Zahl von Frauen mit dieser Krebsform nimmt zu). **kp**